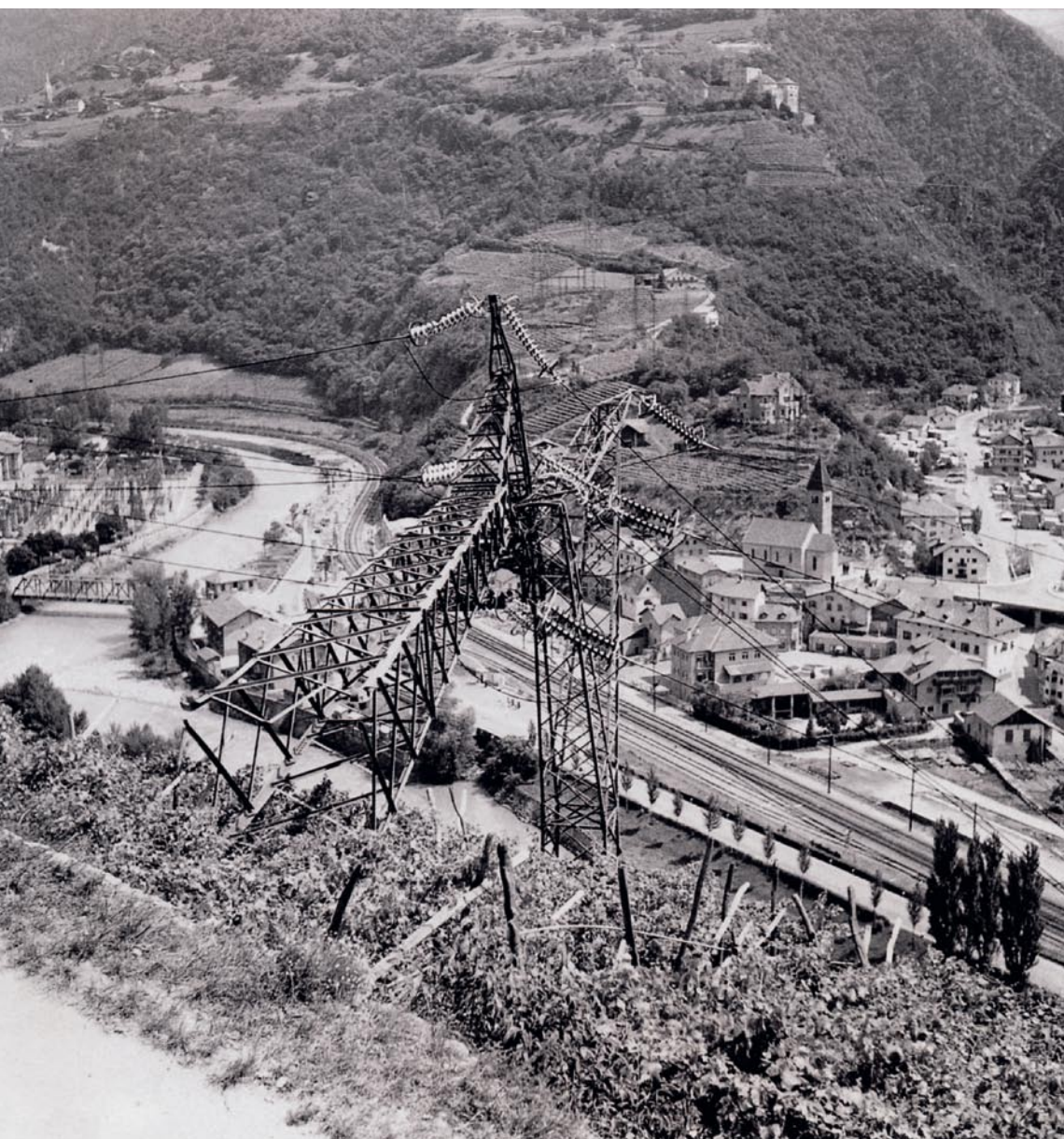


# Die weggebombte *Selbstbestimmung*

**Südtirol und die 60er-Jahre:** Die Bumser haben Südtirol nicht geholfen, sondern geschadet und die Selbstbestimmung weggebombt. Worte des Historikers Rolf Steininger.

Von Günther Pallaver



*Gesprengter Strommast in der „Feuernacht“ von 1961: Haben die Attentate wirklich die Welt auf das Südtirolproblem aufmerksam gemacht?*

**E**s waren die Bomben, die Südtirol die Autonomie gebracht haben. Die Attentate haben die Welt auf das Südtirolproblem aufmerksam gemacht, Italien wurde gezwungen, die Neunzehnerkommission einzusetzen. Das Zweite Autonomiestatut (1972) ist letztlich eine Folge der „Aktivisten“, die mit dem Einsatz ihres Lebens die Heimat vor Italiens Assimilierungspolitik gerettet haben.

Das sind, vereinfacht ausgedrückt, die Argumente, die heute bei der historischen Aufarbeitung der Attentate von den damaligen Bumsern präsentiert, von diesen medial geschickt vermarktet und von einigen Historikern in Filmen und Büchern verbreitet werden.

In Wirklichkeit spielte sich die Geschichte ganz anders ab. Niemand von den Attentätern wollte damals eine Autonomie für Südtirol, sondern alle wollten ausschließlich die Selbstbestimmung. Mit den Bomben sollten die österreichisch-italienischen Verhandlungen gesprengt werden, die außerordentliche Landesversammlung der SVP von 1960 sollte daraufhin mit Hinweis auf die gescheiterten Verhandlungen die Selbstbestimmung fordern und mit dieser Resolution vor die Uno treten.

Die scheinbar einfache Rechnung ging so nicht auf, anders als man heute zu vermitteln versucht. Schon am 13. Juni 1961, nur einen Tag nach dem Feuernachtattentat, notierte Martin Fuchs, Generalsekretär im



Außenministerium in Wien, in sein Tagebuch: „Offenbar will die italienische Regierung die Anschläge nicht dazu benutzen, um die Verhandlungen abzubauen, was das Hauptziel der Terroristen ist.“

Aber es war nicht nur Italien, das alles daran setzte, die Verhandlungen nicht abreißen zu lassen, um auf diese Weise den Hardlinern in Bozen, Innsbruck und Wien den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern stellvertretend für viele andere auch Silvius Magnago und Bruno Kreisky. Der eine als Parteiohmann der Südtiroler Volkspartei, der andere als Außenminister der österreichischen Bundesregierung.

Sowohl dem neuen Mythos der Bumser als Retter der Südtiroler Nation als auch dem des durchschlagenden Erfolgs Österreichs vor der Uno rückt nun der Historiker und Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, Rolf Steininger, zu Leibe – nicht zum ersten Mal. Kurz vor Weihnachten hat er in Anwesenheit von Landeshauptmann Luis Durnwalder in Bozen den zweiten Band der „Akten zur Südtirolpolitik 1959-1969“ präsentiert, der sich mit dem Jahr „1960. Vor der Uno“ beschäftigt (Studienverlag 2006, 864 S., 79,90 Euro). Auf 864 Seiten hat er 411 Dokumente veröffentlicht, die aus 20 Archiven zwischen Bozen, Innsbruck, Wien, Rom, New York und London stammen. Wer anhand von Geheimakten, Gesprächsprotokollen oder Depeschen nachlesen will, wie sich das Südtirolproblem vor der Uno abgespielt hat, in welchen Schwierigkeiten sich sowohl Italien als auch Österreich befanden (wenn auch seitenverkehrt), und wie das Thema des Herzens Selbstbestimmung der Vernunft Autonomie gewichen ist, findet im Buch eine Fülle von Belegen.

1959, im Jahr, bevor Österreich sich entschloss, das Südtirol-Problem vor die Uno zu bringen, waren die Verhandlungen mit Italien nicht vom Fleck gekommen. Das hatte in weiten Kreisen Süd- und Nordtirols die Forderung nach Selbstbestimmung immer lauter werden lassen.



*Schwierige Zeiten: Der Führung der SVP gelang es nur mit allergrößter Mühe, die Mitglieder auf die Forderung nach Autonomie einzuschwören*

in Deutschland angesiedelte Allensbach-Institut hatte die Meinung der Bevölkerung Südtirols erstmals demoskopisch erhoben und empirisch festgestellt: Rund 90 Prozent sind für eine Rückkehr zu Österreich.

Doch die Stimmung für die Selbstbestimmung widersprach der realistischen Einschätzung der Politik. Österreichs Bundeskanzler Julius Raab hatte noch

### *Ab der Feuernacht im Jahr 1961 war die Selbstbestimmung in keinem offiziellen Gremium jemals wieder ein Thema.*

im Februar 1959 den Südtirolern versprochen, die Gespräche mit Italien abzubrechen, sollten diese bis Jahresende erfolglos bleiben. Aber die Konsequenz war nicht die Forderung nach Selbstbestimmung, sondern nach „Internationalisierung“ der Südtirolfrage. Doch darüber, was man unter Internationalisierung verstand, gingen die Meinungen wieder auseinander. Sollte die Uno oder der Internationale Gerichtshof damit befasst werden? Was sollte eingefordert werden?

Bundeskanzler Raab erklärte am 20. Jänner 1960 in Innsbruck bei der Südtirolbesprechung in Anwesenheit der SVP-Führung: „Wir sind auch nicht der Meinung, dass das irgendwie nach der Methode Zyperns zu lösen ist, weil wir nicht verantwor-

ten, dass hier unnützes Blut bei jungen Leuten fließt, die hierin Hoffnungen setzen. Wir sind für Verhandlungen.“

Im Laufe derselben Sitzung ließ auch Außenminister Bruno Kreisky keinerlei Zweifel: „Wollen wir eine Chance haben, mit unserer Sache durchzudringen, dann geht es meiner innersten Überzeugung nach nur mit der Autonomie. Mit der anderen Frage, und sie möge noch so sehr

Hans Stanek, auf den Punkt, obwohl er eindeutig als Verfechter der Selbstbestimmung galt: „Das ist die Tragik, meine Herren, dass wir innerlich alle überzeugt sind, dass wir die Landesautonomie nicht bekommen werden, und auf der anderen Seite, dass wir das Selbstbestimmungsrecht nicht verlangen dürfen. Ich bin auch der Ansicht, dass heute dieser Moment für die Selbstbestimmung nicht da ist.“

Der Führung der SVP gelang es bei der Landesversammlung am 7. Mai nur mit allergrößter Mühe, die Delegierten auf die Forderung nach Autonomie einzuschwören. Vor dieser Entscheidung hatte sich Parteiohmann Magnago allerhand anhören müssen. Hans Vetter aus Meran steht stellvertretend für die vielen Wortmeldungen: „Fest steht, dass die Leitung der SVP sich bewusst sein muss, dass das Volk von Südtirol die Selbstbestimmung will (Beifall). Tatsache ist, dass die Leitung der Südtiroler Volkspartei trotzdem der Ansicht ist, nur die Forderung der Landesautonomie zu erheben und vertreten zu können. Fest steht, dass diese Forderung sinnlos und hoffnungslos ist.“

Hoffnungsvoll blickten später die Südtiroler nach New York, als Österreich den Streitfall vor die Uno brachte – gegen den ausdrücklichen Willen von Amerikanern, Briten und Franzosen. Die Erwartungen der Süd- und Nordtiroler waren allerdings von allem Anfang an zu hoch gesteckt.



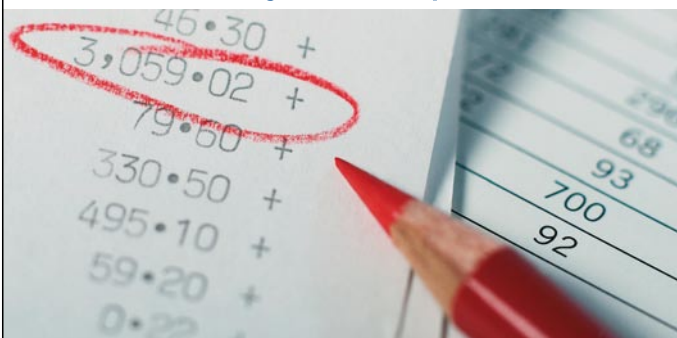
HANDELS-, INDUSTRIE-,  
HANDWERKS- UND LAND-  
WIRTSCHAFTSKAMMER BOZEN

PARTNER DER WIRTSCHAFT

WIFO-Forum 2007

## Über Kosten zum Erfolg

Kosten in Unternehmen erfassen,  
vergleichen, einsparen



**12. Jänner 2007**

9.00 - 13.00 Uhr  
Bozen, Hotel Sheraton

- > Wie können Sie Ihre Kosten erfolgreich managen?
  - > Interessiert, wie man mit der Kostenrechnung Einsparungsmöglichkeiten erkennen kann?
- Dann besuchen Sie unsere Veranstaltung mit folgenden Experten:
- Dr. Josef Erlacher, IFK Consulting, Brixen
  - Dr. Christof Mair, Raiffeisenkasse Bruneck
  - Dr. Theodor Scherer, Fa. Alupress, Brixen
  - Dr. Urban Perkmann und Dr. Luciano Partacini, WIFO der Handelskammer Bozen

Weiters berichten Unternehmer zum Thema Kostenrechnung in der Praxis.

Im Anschluss an die Veranstaltung stellen Unternehmensberater und Verbände ihre Dienstleistungen im Bereich Kosten vor.

**INFORMATION UND ANMELDUNGEN:**  
WIFO der Handelskammer Bozen  
Tel. 0471 945 708  
E-Mail: [wifo@handelskammer.bz.it](mailto:wifo@handelskammer.bz.it)  
[www.handelskammer.bz.it](http://www.handelskammer.bz.it)

Anmeldefrist: 9.1.2007



**WIFO**  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSINSTITUT



*Tägliches Bild in den 60er-Jahren: Straßensperren gehörten zum täglichen Bild*

Der Innsbrucker Staatssekretär Franz Gschnitzer hatte vor dem Abflug in die USA noch gemeint, eine mögliche Aufforderung der UNO zu Verhandlungen ohne Basis der Landesautonomie sei „unannehmbar“. Das Gegenteil war dann der Fall.

Dabei konnte Österreich noch von Glück sprechen. Die Italiener lehnten die Bezeichnung „österreichische Minderheit“ ab, wie sie im ersten Antrag Wiens formuliert war. Sollte ihnen nicht entgegengekommen werden, drohte Italien sogar mit einem Austritt aus der Uno – undenkbar für einen Verbündeten der USA in der Nato und im Kalten Krieg. Weil Österreich anfänglich keinen Hinweis auf den Pariser Vertrag von 1946 gemacht hatte, entwickelten sich die ersten Tage der Debatte vor der Uno zu einem Desaster. Erst als das berichtigt wurde, begann sich das Blatt zu wenden.

Nach der Debatte, die mit der Aufforderung der Uno endete, die Streitparteien sollten die Verhandlungen wieder aufnehmen, um eine Lösung zu finden, gab Außenminister Kreisky der Südtiroler Delegation in New York,

Alfons Benediker, Luis Sand und Friedl Volgger, diesen Rat mit auf den Heimweg: Sie sollten bei ihrer Berichterstattung in Südtirol auch die negativen Aspekte der New Yorker Debatte erwähnen, vor allem, „dass eine Forderung nach Selbstbestimmung hier zu einer Katastrophe geführt hätte“. Viele Delegierte hätten sich bereits jetzt dagegen ausgesprochen. Zu viele Staaten hätten Angst, damit den Anstoß zu einer unvorhersehbaren Entwicklung zu geben.

Das Thema Selbstbestimmung war dadurch noch nicht gänzlich vom Tisch, auch wenn dies für Österreich zu keinem Zeitpunkt ein Thema mehr war. SVP-Obmann Silvius Magnago sprach sich Anfang 1961 eindeutig für die Autonomie aus: „Uns geht es nicht darum, ob die Provinz Bozen jetzt morgen Region heißt, sondern darum, dass diese Provinz auch innerhalb einer Region alle Zuständigkeiten hat, die sie braucht.“ Magnago hatte 1961 vorweggenommen, was 1972 mit dem Zweiten Autonomiestatut verwirklicht wurde. Seiner Position widersprach innerhalb der SVP etwa der Abge-





Historiker Steininger: Südtirol-Attentate entzaubert

ordnete Peter Brugger, der für ein Umschwenken der Partei auf die Selbstbestimmung plädierte.

Als dann in der Feuernacht die Bomben hochgingen, stellte Toni Ebner in einem Leitartikel in den *Dolomiten* die rhetorische Frage, „ob diese Leute etwas Gutes

getan haben, oder ob sie unserer Sache nicht dienen“. Sie dienten der Sache nicht, wie Steininger nachweist.

Die Anschläge sollten unter anderem die von der UNO eingeforderten bilateralen Verhandlungen zum Stillstand bringen. Doch in diese Sackgasse ließ sich Italien nicht locken. Bei den Expertengesprächen in Zürich erwähnten die Italiener mit keinem Wort die Anschläge. Sie wollten weiterverhandeln und den Hardlinern keinen Grund liefern, die Gespräche abubrechen.

Die Bomben hätten jede Diskussion über eine mögliche Selbstbestimmung ein für allemal beendet. Ohne Anschläge wäre damals vielleicht noch etwas Bewegung in die Debatte gekommen, mit den Anschlägen sei dieses Thema definitiv begraben worden.

Das Ziel, mit dem die Feuernacht organisiert worden war, hatte genau das Gegenteil erreicht. Keine Selbstbestimmung,

kein Rückzug Italiens, keine Gespräche mit Österreich.

Die These, dass die Anschläge Italien veranlasst hätten, die Neunzehnerkommission einzurichten, deren Ergebnisse dann ins Paket und dadurch ins Zweite Autonomiestatut münden sollten, lässt Steininger ebenfalls nicht gelten. Das Gegenteil sei eingetreten. Der damalige Innenminister Mario Scelba wollte diese Kommission, um Österreich und den Südtirolern zuvorkommen. Sollten diese wiederum vor die Uno treten wie 1961, konnte Italien auf seine Bereitschaft zu Gesprächen verweisen.

Und in der Tat, auch der zweite Gang vor die Uno hatte nicht geholfen, sondern nur eine Wiederholung der Resolution von 1969 gebracht. Und Italien hatte seine Neunzehnerkommission ausgiebig ausgeschlachtet.

Silvius Magnago hatte die Doppelstrategie Italiens längst durchschaut, als er am 14. No-

vember 1961 meinte: „Wenn keine Einigung in der Neunzehnerkommission erzielt wird, stehen wir vor dem Nichts.“ Diese Einschätzung teilte auch Viktoria Stadlmayer, langjährige Leiterin des Referats S(üdtirol) in der Tiroler Landesregierung, in einem vertraulichen Memorandum von 1962: „Die Neunzehnerkommission und ihre positive Aufnahme in Südtirol ist kein Erfolg der Bombenpolitik, sondern ein Sieg Italiens.“ Neue Attentate bezeichnete sie als „verheerend für unser weiteres Vorgehen“.

Das war das Ergebnis der Attentate: eine inneritalienische Kommission, die sogar die Schutzmacht Österreich als Spieler ausgeschaltet hatte, und nicht die Selbstbestimmung. Ab 1961, ab der Feuernacht, war die Selbstbestimmung in keinem offiziellen Gremium von Bozen, Innsbruck oder Wien jemals wieder ein Thema. Die Bumser hatten die Selbstbestimmung weggebombt. ◀

RIVENDITORI AUTORIZZATI

**GASSER V.**

Stadtgasse 44  
39031 Bruneck

**RANZI JOHANN**

Museumstrasse 14  
39100 Bozen

**RUNGGALDIER M.&Co.**

Reziastrasse 92  
39046 St. Ulrich

GRF10101 - info: tel. 0444 525771



*Glam Rock*

glamrockwatches.com